Änderung Verfassung des Kantons Solothurn; Öffentliche Schulen

Kurzinformation

Worum geht es?

Die Kantonsverfassung regelt unter dem Titel «Öffentliche Schulen» die Zuständigkeiten und Aufgaben der kantonalen und kommunalen Behörden im Bereich der öffentlichen Schulen. Die Zuständigkeiten und die Aufgabenteilung in der Volksschule haben sich in den vergangenen Jahren verändert. Damit die Kompetenzen und die Aufgabenteilung im Volksschulbereich mit der Kantonsverfassung übereinstimmen, müssen die Verfassungsbestimmungen angepasst werden.

Welches sind die wichtigsten Änderungen der Kantonsverfassung?

Neu wird in der Kantonsverfassung die im Volksschulgesetz verankerte Befugnis des Kantons aufgenommen, zusätzlich zu den sonderpädagogischen Institutionen weitere kantonale Angebote auf der Volksschulstufe zu führen. Zu diesen weiteren kantonalen Angeboten gehören die Klassen für Kinder aus Durchgangszentren, die schulischen Angebote für Schülerinnen und Schüler mit einem längeren Spitalaufenthalt und die progymnasiale Ausbildung (Sekundarschule P).

Der Kantonsrat hat der Vorlage am 7. Dezember 2021 einstimmig mit 92:0 Stimmen zugestimmt.

Erläuterungen

Warum wird die Kantonsverfassung geändert?

Die Kantonsverfassung regelt unter dem Titel «Öffentliche Schulen» die Zuständigkeiten und Aufgaben der kantonalen und kommunalen Behörden im Bereich der öffentlichen Schulen. In der Volksschule haben sich die Zuständigkeiten und die Aufgabenteilung in den vergangenen Jahren verändert. Im Jahr 2018 wurden entsprechende Änderungen ins Volksschulgesetz aufgenommen. Um die Kompetenzen und die Aufgabenteilung im Gesetz und in der Verfassung in Einklang zu bringen, werden die Verfassungsbestimmungen nun angepasst.

Die Zuständigkeiten und die Aufgabenteilung im Volksschulgesetz entsprechen nicht mehr der Kompetenz- und Aufgabenteilung der Kantonsverfassung. Die Verfassungsbestimmungen müssen den heutigen Gegebenheiten angepasst werden.

Worüber wird abgestimmt?

Wie bisher gilt weiterhin der in der Kantonsverfassung verankerte Grundsatz, wonach die Einwohnergemeinden die Volksschulen errichten und führen und sich der Kanton an den Kosten beteiligt. Ebenfalls wie bisher sorgt der Kanton weiterhin für die Errichtung und Führung der sonderpädagogischen Institutionen. Neu wird dem Kanton in der Kantonsverfassung die Befugnis eingeräumt, weitere kantonale Angebote auf der Volksschulstufe zu führen und die Einzelheiten im Gesetz zu regeln.

Zu den weiteren kantonalen Angeboten gehören die Vorbereitungsklassen, die Klassen für Kinder mit massiven Verhaltensauffälligkeiten, die Klassen für Kinder aus Durchgangszentren und die Spezialangebote bei Hospitalisierung. Diese Angebote wurden mit der Änderung des Volksschulgesetzes vom 28. März 2018 gesetzlich verankert. Deren inhaltliche Ausgestaltung ist bereits im Gesetz geregelt.

Zu den weiteren kantonalen Angeboten gehört auch die progymnasiale Ausbildung (Sekundarschule P), welche derzeit an regionalen Sekundarschulzentren und an den beiden Kantonschulen Olten und Solothurn geführt wird. Die progymnasiale Ausbildung bildet Teil des Regelschulangebots und würde – aufgrund der aktuellen Formulierung in der Kantonsverfassung – in die alleinige Zuständigkeit der

Einwohnergemeinden fallen. Bei der Reform der Sekundarstufe I ist eine diesbezügliche Präzisierung der Kantonsverfassung untergegangen. Dieser Mangel soll nun behoben werden.

Welchen Zweck verfolgen die Änderungen?

Mit den Änderungen werden die verfassungsrechtlichen Zuständigkeitsvorschriften und die gesetzlichen Regelungen in der Volksschule in Einklang gebracht.

In der parlamentarischen Beratung war die Verfassungsänderung unbestritten.

**Kantonsrat und Regierungsrat empfehlen Ihnen:
JA zur Änderung der Kantonsverfassung**

Darüber stimmen Sie ab:

**Kantonsratsbeschluss vom 7. Dezember 2021 (KRB Nr. RG 0095/2021)
Änderung Verfassung des Kantons Solothurn; Öffentliche Schulen**